

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 689.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 1. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Amtliches.

Berlin, 30. September. Der König hat den Ritterschleier Dr. Freiherrn von Bodenhausen auf Burgemeister zum Landrath des Kreises Bitterfeld, Regierungsbefehl Merseburg, und den Regierungsbefehl Dr. Gumprecht zum Landrath, die Gerichts-Äffessoren Rumpf in Sögel, Stephan in Grottkau Stenzel in Labischin, Rose und Dr. Nöthenke zu Amtsrathen, ferner der bisherigen ordentlichen Professor Dr. Seuffert an der Universität in Gießen zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität Greifswald, den bisherigen ordentlichen Professor Dr. theol. Grafen Baudissin an der Universität zu Straßburg i. Elß. zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Universität Marburg, und den 1. Seminarlehrer Hechtenberg zu Hannover zum Seminar-Direktor ernannt; in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Wesel getroffenen Wahl des Stadtverordneten und Kaufmann Luyken daselbst als unbefehlten Beigeordneten der Stadt Wesel für die gesetzliche Amtsbauer von sechs Jahren bestätigt; ferner den Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Fuitling in Münster, den Charakter als Geheimer Justizrath, und den Möbelfabrikanten Gebrüder Ballenberg, Inhaber der Firma „Geinrich Ballenberg“ zu Köln, das Prädikat als königlichen Hoflieferanten verliehen.

Dem Seminar-Direktor Hechtenberg zu Hannover ist das Direktorat des königlichen Schullehrer-Seminars zu Jülich übertragen worden. Der Seminar-Direktor Veltzen zu Elten ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Rempen versetzt worden. Der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Fietz zu Wittenberg ist als Oberlehrer an das Gymnasium in Ples besetzt. Dem bisherigen Titular-Oberlehrer Dr. Gröbner an dem Gymnasium zu Soest ist unter Ernennung zum etatsmäßigen Oberlehrer die erste Oberlehrerstelle des Gymnasiums zu Altenborn übertragen worden. Der ordentliche Lehrer Zimpel am Elisabeth-Gymnasium zu Breslau ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden. Bei dem Gymnasium in Emden ist der ordentliche Lehrer Jacobi zum Oberlehrer befördert. Die Wahl des Oberlehrers an der Realschule I. Ordnung in Sprottau, Schwalbach, zum Rektor der höheren Bürgerschule in Warne ist bestätigt worden. Der erste Seminarlehrer Dr. Schmidt zu Homberg ist an das Schullehrer-Seminar zu Osnabrück versetzt. Am Schullehrer-Seminar zu Hannover ist der Rektor Dömer zu Hildesheim-Gütte bei Heine, und am Schullehrer-Seminar zu Homberg der Rektor und Diakon Rohlmann aus Werder als erster Lehrer angestellt worden. Der ordentliche Seminarlehrer Knaak zu Graudenz ist an das Schullehrer-Seminar zu Verden, der ordentliche Seminarlehrer Willich zu Ebernburg an das Schullehrer-Seminar in Homberg, und der ordentliche Seminarlehrer Lauber zu Soest an das Lehrerbinnen-Seminar in Posen versetzt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Weisensfeld ist der Lehrer Schirmer aus Magdeburg als ordentlicher Lehrer, und am Schullehrer-Seminar zu Grün der Lehrer Kunz aus Eichenberg als Hilfslehrer angestellt. An dem Lehrerbinnen-Seminar zu Münster ist die Lehrerin Plagmann aus Cleve als ordentliche Lehrerin angestellt. Der praktische Arzt Dr. Lehnebach zu Steinbach-Pallenberg ist unter Anweisung seines Wohnsitzes in Schmalkalden zum Kreis-Physikus des Kreises Schmalkalden ernannt worden.

Dem Landrath Gumprecht ist das Landrathsamt im Kreise Neustadt W. Pr. übertragen worden.

Der Amtsrichter Dr. jur. Tschirner zu Niddorf ist vom 1. Oktober d. J. ab zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Demmin ernannt worden. Der Notar Schwenger in Wassenberg ist in den Amtsgerichtsbezirk Abendt, im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Abendt versetzt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 1. Oktober.

Die Gegner des Tabaksmopols haben der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge die Entschädigungssumme, welche das Reich bei der Einführung des Monopols zu bezahlen haben würde, durch Uebertreibung zu einem Schreckgespenst aufgebauscht; in Wirklichkeit aber könne nie eine solche Summe vom Staate den Tabakhändlern u. s. w. zum Geschenk gemacht werden. Professor Wagner habe kürzlich die Entschädigung auf 130 Millionen geschätzt. Die „N. A. Z.“ irrt; auch Prof. Wagner ist „Gegner des Tabaksmopols“, wie die Redaktion wissen würde, wenn sie in der Beilage ihrer eigenen Zeitung den Bericht über die Rede Wagners im IV. Wahlkreise gelesen hätte. In dem Bericht heißt es: „Wir würden im ganzen deutschen Reich doch nicht 160 Millionen einnehmen, davon gehen ab 35 Millionen Zinsen und Amortisation für die Entschädigungen, da bleiben schon bloß 125 Millionen im Anfang übrig.“ Wenn Professor Wagner 35 Millionen Zinsen und Amortisationen für die Entschädigungen berechnet, so schätzt er die Entschädigungssumme, „ebenso wie ein anderer Gegner des Tabaksmopols, der württembergische Obersteuerrath v. Moser, auf mindestens 687 Millionen. Solche „Unsummen“ will Prof. Wagner den Tabakhändlern u. s. w. zum Geschenk machen.

Betreffs der Finanzvorlagen, mit deren Ausarbeitung der Finanzminister Bitter beschäftigt sein sollte, ist es wieder still geworden. Der „Röln. Ztg.“ wird darüber geschrieben:

Man hört nichts mehr von Reform der Klassensteuer, Kapitalsteuer u. s. w. Man erfährt darüber, daß der Herr Finanzminister allerdings Vorlagen ausgearbeitet hatte, dabei aber unter seinen eigenen Rätthen auf Bedenken stieß. Die Entwürfe wurden nach Paris geschickt, erfuhren aber vom Reichskanzler eine entschiedene Ablehnung, so daß sie wieder beiseite gelegt werden mußten. Uebrigens würde der Ertrag der neuen Steuern auch lange nicht bingereicht haben, die großen Summen aufzubringen, die erforderlich wären, wenn es dem Reichskanzler gelingen sollte, seine nur zu großartigen Projekte durchzuführen.

Die „N. Z.“ bemerkt dazu: Bekanntlich hatte Fürst Bismarck sich

bei der Diskussion über den neuen Zolltarif für eine Besteuerung des Einkommens aus Kapitalvermögen erklärt, welche höher sein sollte, als die des Einkommens aus Arbeit jeder Art. Offenbar in Folge dieser Anregung hatte Herr Bitter den Entwurf einer Kapitalrentensteuer ausgearbeitet, dessen Hauptpunkte veröffentlicht wurden. Als in der vorigen Session des Reichstages ein liberaler Redner darauf Bezug nahm, bemerkte aber Fürst Bismarck, ihm sei von einem solchen Plane nichts bekannt — was den anwesenden Minister Bitter zu einer Erklärung veranlaßte, die zwar bezweckte, jeden Schein einer Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem Kanzler zu beseitigen, diese Wirkung aber schon damals nicht hervorbrachte. Es fragt sich nun: hat Fürst Bismarck seine Ansicht, daß fundirtes Einkommen höher als unfundirtes zu besteuern sei, aufgegeben — oder entsprechen nur die speziellen Vorschläge des Finanzministers nicht seiner Auffassung — oder ist ein allgemeiner Gegensatz zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Bitter vorhanden, der nur in der Ablehnung der erwähnten Vorschläge des letzteren seinen Ausdruck findet? (Vergl. auch unsere Berl. C.-Korr.)

Man schreibt der „Voss. Ztg.“: Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß in den jüngsten Besprechungen des Fürsten Bismarck mit dem Kaiser von Rußland und dessen Minister v. Giers, sowie mit dem russischen Botschafter Herrn v. Saburow die sogenannte Auslieferungsfrage eine neue Anregung gefunden hat. In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist die Rede davon, daß wahrscheinlich eine internationale Kommission von Fachmännern zusammengetreten werde, um eine Umgestaltung der Auslieferungsverträge und eine internationale Organisation der Polizei vorzubereiten. In letzterer Beziehung soll von den Regierungen von Rußland und Oesterreich-Ungarn großes Gewicht gelegt werden auf eine von dem ehemaligen Staatsrath des Kantons Neuchâtel in der Schweiz, Dr. Guillaume, verfaßte Arbeit, die die Frage beantwortet, auf welche Weise durch übereinstimmende, sich gegenseitig unterstützende Wirksamkeit der Polizei in den verschiedenen Staaten die Entdeckung und Bekämpfung der Verbrecher mehr gesichert werden könne. Der Verfasser empfiehlt eine präzisere Fassung der Auslieferungsverträge und eine internationale Vereinbarung über die Grundzüge für die Organisation der Polizei in den verschiedenen Staaten, namentlich in Betreff des Zusammenwirkens der Polizei. Es soll ein Zentralbureau mit vermittelnden und dirigirenden Befugnissen mit einer dem internationalen Postbureau in Bern ähnlichen Stellung errichtet werden, welches Fachfragen erörtert, die Polizei in Bezug auf Literatur und Thatfachen auf dem Laufenden erhält, Signalements und Photographien gefährlicher Menschen verbreitet, den Domizilwechsel von Verdächtigen signalisirt u. s. w. Was die Umgestaltung der Auslieferungsverträge betrifft, so soll es in der Absicht liegen, in diesen Verträgen nicht allein den Grundsatz der Pflicht der Auslieferung von Königsmördern auszusprechen, sondern auch festzusetzen, daß Niemand ausgeliefert werden dürfe, wenn nicht durch richterlichen Ausspruch, vor dessen Emanation der Betheiligte mit seiner Vertheidigung zu hören sei, feststehe, daß wirklich ein Auslieferungsverbrechen vorliege und daß genügende thatächliche Beweise für die Schuld der Auszuliefernden vorhanden seien.

Wiener Blätter melden, daß bei der Danziger Entrevue auch die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland berührt worden seien. Der petersburger Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ will sogar erfahren haben, daß die Ermäßigung des Tarifs den Kernpunkt der Verhandlung betroffen habe.

Wir registriren diese Nachricht, ohne ihr wesentliche Bedeutung beizumessen. Wir erinnern uns der Zeit, da die Freundschaft zwischen Berlin und Petersburg „thurnhoch“ stand und der leitende deutsche Staatsmann es doch für ungebührlich hielt, die intimen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu einer „Pression“ für die Herstellung eines erleichterten und vorteilhafteren Grenz- und Handelsverkehrs zu verwenden. Wir erinnern uns auch, erst ganz neuerdings in russischen Blättern gelesen zu haben, daß zu den unbilligsten Forderungen deutscherseits die Herabsetzung des russischen Tarifs in dem Zeitpunkt gehöre, wo Fürst Bismarck den Schutz der „nationalen Arbeit“ zur Maxime seiner Handelspolitik erhoben habe. Wenn die Wiener Blätter zur Stütze ihrer Behauptung, daß Alexander III. den Wünschen Deutschlands auf Herabsetzung der Zölle nachzukommen gewillt sei, die bevorstehende Demission des stark protektionistischen Finanzministers Bunge anführen, so wird vergessen, daß Prof. Bunge von vorn herein die Leitung des Finanzministeriums nur provisorisch übernahm, bis für den zurückgetretenen Ahasa ein geeigneter Nachfolger gefunden sei. Man hätte mit der Schlussfolgerung jedenfalls warten sollen, bis man erfahren, wer an Stelle Bunge's in Aussicht genommen ist. Wir bringen schließlich noch in Erinnerung, daß auch unmittelbar nach der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingegangenen Entente in der mannigfachen Form Nachrichten über die in Aussicht stehende Begünstigung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden befreundeten Reichen in Umlauf waren, und daß von all den schönen Erwartungen bis zum heutigen Tage nichts in Erfüllung gegangen ist. So äußerst werthvoll die Danziger Entrevue für die Erhaltung des europäischen Friedens auch immer ist, eine Aenderung des russischen Tarifs zu Gunsten Deutschlands erwarten wir nicht von ihr, so lange wir selbst unsere Zölle auf russische Produkte nicht erniedrigen, insbesondere so lange wir nicht den Getreidezoll gänzlich aufheben.

Die „Wiener Zeitung“ publizirt die Rundmachung

des gemeinsamen Finanzministers, betreffend die Ausgabe neuer Staatsnoten zu fünf Gulden, sammt der Beschreibung der neuen Staatsnoten.

Der Ezechisirung der neuen Fünfernoten wird durch die Bestimmung der Rundmachung ein Riegel vorgeschoben, wonach Staatsnoten, aus deren Beschaffenheit sich ergibt, daß sie mit Absicht einer Veränderung unterzogen wurden, von den Staatskassen und Aemtern nicht in Zahlung angenommen werden dürfen, sondern nur von der Reichs-Zentralkasse in Wien gegen Ersatz der Erzeugungs- und Manipulationskosten umgewechselt werden können. Die Ezechien sind über die Ausstattung der Fünf-Gulden-Noten sehr ungehalten; da aber für die Ezechisirung der neuen Noten die Erzeugungs- und Manipulationskosten zu ersetzen sind, so wird sich der ezechische Noten-Patriotismus nicht allzu stark betheiligen.

Die Franzosen bereiten jetzt den Hauptschlag gegen die ausländischen Tunesen vor. Die den Arabern heilige Stadt Kairouan, der Herd des mohamedanischen Fanatismus, soll eingenommen und zerstört werden. Die Ausständischen sind entschlossen, die Stadt bis auf den letzten Mann zu vertheidigen. Sie haben Emissäre an alle Glaubensgenossen geschickt, um sie zur Theilnahme an dem Kampfe aufzufordern. Die mächtige Brüderschaft des Sidi Abdel Kader el Chilani, welche in Kairouan eine Hochschule hat und eine der fünf Unterabtheilungen des weitverzweigten Systems einer Art politischer Freimaurerei unter den Mohomedanern bildet, hat sich, wie der Korrespondent der „Times“ aus Tunis meldet, an den Sultan Abdul Hamid als Khalifen mit der dringenden Bitte gewendet, er möge zu Gunsten Kairouan's bei Frankreich interveniren und, wenn erforderlich, die Mediation der fremden Mächte anrufen. Sie erklären, daß im Fall die heilige Stadt zerstört würde, die Mohomedaner von ganz Nordafrika sich gegen die Christen erheben würden. Frankreich hat jetzt 40,000 Mann in Tunesien stehen; das Wetter ist dem Beginn der Expedition gegen Kairouan günstig. Die vereinigten Kolonnen des Generals Sabatier und Obersten Corréard werden sich unmittelbar nach der Rückkehr des Residenten nach Tunis in Marsch setzen.

Die französischen Radikalen lassen alle Minen springen, um die „tunesische Frage“ zum Sturz der herrschenden Partei auszubringen. Die gewagtesten und verwerflichsten Mittel sind ihnen in diesem Kampfe recht. Wir gedachten bereits der Machinationen der radikalen Linken, die in einem aufreizenden Manifest an das Land gipfelten. In dasselbe System gehören die „Enthüllungen“, mittels welcher die Presse der „Intransigenten“ jetzt das Ansehen der Regierung, und insbesondere Gambetta's, zu untergraben sucht.

Diese „Enthüllungen“ sind im Grunde nur die Fortsetzung und Wiederaufwärmung früherer Anklagen; aber so dreist und detaillirt wie jetzt, waren die Verleumdungen bisher doch noch nicht aufgetreten. Mit verblühender Eidecktheit wird die Behauptung aufgestellt, daß die tunesische Expedition nichts als ein hochkaprielles Finanzmanöver sei, welches die jetzigen Machthaber zu ihrer Bereicherung eingefädelt hätten, und diese Behauptung wird mit einem ganzen Apparat von angeblichen Thatfachen und Schriftstücken zu belegen gesucht. So wollte die „Lanterne“ wissen, Frankreich hätte sich den tunesischen Feldzug sparen und Tunesien ohne jedes Blutvergießen unter seine Botmäßigkeit bringen können; aber man habe den Vertrag, der bereits im Entwurfe vorgelegen, aus Schonung für den Generalkonsul Roustan und aus gewissen finanziellen, privatgeschäftlichen Rücksichten verworfen. Nach dieser Quelle soll also die französische Regierung, speziell der die Verhandlungen leitende Barthélemy St. Hilaire, mit Roustan unter einer Decke gespielt und mit der Einleitung der Expedition persönliche Zwecke der schmutzigsten Art verknüpft haben. Es bedurfte kaum erst der offiziellen Note der „Agence Havas“, in welcher Barthélemy alle gegen ihn gemachten Angaben für erlogen, den angeblichen Vertragsentwurf als nicht vorhanden, einen ihm zugeschriebenen Brief als gefälscht erklären ließ. Durch das Fiasco der „Lanterne“ nicht eingeschüchtert, geht aber nunmehr Rochefort im „Intransigant“ mit noch größerem Geschick vor. Unter dem Titel „das Geheimniß der tunesischen Affaire“ schleudert er eine Anklageschrift gegen Gambetta, die angeblich aus der Feder eines Diplomaten herriören soll. Das tunesische Unternehmen wird darin als eine Art von Börsenspekulation dargestellt, der von Gambetta im Verein mit Roustan von langer Hand vorbereitet worden sei. Als Analogie wird die mexikanische Expedition herbeigezogen. Damals habe es sich um den Coup eines betrügerischen Ministers, Ficker, gehandelt, der Bous ausgefistelt und den Herzog von Morny in sein Interesse zu ziehen gewußt hätte. Bei der tunesischen Affaire sei es das Bankhaus Erlanger gewesen, welches den ersten Anstoß gegeben. Dasselbe habe Millionen tunesischer Schuldverschreibungen an sich gebracht und, nachdem es zuerst bei Deutschland vergeblich angeknüpft, schließlich Roustan und Gambetta für die Sache zu interessieren gewußt. Es verlöhnt nicht, das dicke Lügen- und Intriguengewebe, das hier ausgebreitet wird, in seine einzelnen Fäden auseinanderzulegen. Der Kern der Anschuldigungen Rochefort's besteht darin, daß Gambetta und seine Hingermänner in den Besitz zahlreicher, aber vorläufig noch ziemlich werthloser Tunispapiere gekommen seien und daher ein Interesse daran gehabt hätten, daß Frankreich Tunis in seine Gewalt bringe, die Zinsen der tunesischen Staatsschuld zahle und dadurch jenen Papieren hinterher einen ungeahnten Werth verleibe. Das sei das „Geheimniß der tunesischen Affaire“; dazu habe Frankreich Tausende seiner Söhne zum Kampfe mit halbwilden Stämmen nach Afrika geschickt, damit Gambetta und seine Spießgesellen inzwischen ohne Mühe und Gefahr Millionen einstreichen könnten. Diese Anklage ist ungebührlich und würde, wenn auch nur die Hauptsache daran

wahr wäre, vollständig genügen, um Gambetta moralisch zu zermalmen. Aber mit Recht dringt die „République française“ auf Beweise für so maßlose Beschuldigungen; mit Recht hebt sie hervor, daß der einzige Zeuge, den Rochefort beibringt, ein Anonymus und daß der einzige Bürger für die Existenz und Glaubwürdigkeit dieses Zeugen Rochefort selbst ist, „der Mann, der niemals gelogen hat“ und dessen Haß gegen Gambetta keine Grenzen kennt. Besterer ist zwar niemals wählbar gewesen, wenn es für ihn galt, den Zielen seines politischen Ehrgeizes näher zu rücken; aber als gemeiner Gewinnjäger und Beutelschneider, der einen Krieg anzettelt, um zu Gelde zu kommen, hat er bisher noch nicht gegolten. Wenn es Rochefort nicht gelingt, das lustige Gebäude seiner Anklagen besser zu fundieren, so werden die vergifteten Pfeile, die er gegen seinen Todfeind abgedrückt, auf ihn selbst zurückfallen.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine Deklaration, der zufolge der Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen Frankreich und England auf drei Monate, vom 5. November dieses bis zum 8. Februar künftigen Jahres prolongiert wird.

Die Nachricht von dem Siege Abdurrahman's wird von der gesamten englischen Tagespresse mit der größten Befriedigung begrüßt, um so mehr, da England dadurch von mancherlei Verlegenheiten befreit wird. So schreibt der „Morning Advertiser“:

„Der Seg des Emirs ist der unstrigste wie der feinste. Derselbe besiegte jedwede unverzügliche Nothwendigkeit für Geldausgaben an der nordwestlichen Grenze, und es mangelt nicht an Zeichen solcher Konzeptionen auf Seiten des Zaren, die uns in den Stand setzen werden, einen ständigen Vertreter in Kabul zu haben, während er einen Gefandten in Simla oder Kalkutta haben wird. Die Niederlage Aib's ist mit ein entscheidender Gewinn.“

Die „Pall Mall Gazette“ äußert sich in ähnlichem Sinne. Die Nachricht aus Kandahar, bemerkt das quasi offizielle Blatt, ist hauptsächlich darum wichtig für uns, weil dieselbe bezeugt, daß die Räumung von Rhajak und Pishin zu beschleunigen. . . . Es macht wenig für uns aus, wer in Afghanistan herrscht, so lange wir nur aus dem Lande heraus sind, und wir hoffen, dem entschiedenen Siege, den der Kabuler Emir errungen, werde rasch der Rückzug unserer Truppen aus Quetta folgen. Die „Times“ meint, daß der Emir nunmehr frei ist, seine Stellung im Lande zu befestigen, und durch weise und energische Benutzung seines Sieges zum ersten Mal nach vielen Jahren ein geeinigtes Afghanistan herzustellen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 30. September. [Die Sozialdemokraten und die Projekte des Fürsten Bismarck. Zur Besteuerung des mobilen Kapitals.] Die Frage, wie die Sozialdemokraten sich zu den wirtschaftlichen Projekten des Kanzlers stellen, hat in Berlin und in einer Anzahl anderer Wahlkreise, in denen Stichwahlen zu erwarten sind, so erhebliche unmittelbare Bedeutung, daß es natürlich ist, wenn vielfache Versuche gemacht werden, über jene Stellung direkt aus den sozialdemokratisch gefinnten Bevölkerungskreisen Aufschluß zu erhalten. Was eine und die andere, gelegentlich in andere als sozialdemokratische Hände gelangende Nummer der im Auslande erscheinenden Partei-Organe darüber befragt, ist von untergeordneter Bedeutung: in diesen Blättern wird die wüthendste und roheste Sprache ebenso gegen die Regierung wie gegen alle „kapitalistischen“ Parteien geführt, aber man erkennt auf den ersten Blick, daß es fast durchweg von Leuten ausgeht, welche gar keine Fühlung mehr mit den Verhältnissen in Deutschland haben. Was die einflussreicheren, hier gebliebenen Persönlichkeiten der durch das Sozialisten-Gesetz zerstörten ehemaligen Partei-Organisation betrifft, so wird von Personen, die zu ihnen Beziehungen haben, berichtet, daß sie unbedingt an dem Sage festhalten, das Gewicht der sozialdemokratischen Stimmen gegen jeden Kandidaten in die Wahlschale zu werfen, welcher für das Sozialistengesetz gestimmt hat oder stimmen wird, demgemäß hier und anderwärts bei Stichwahlen für die fortschrittlichen Kandidaten zu votiren. Aber ebenso sicher ist, daß in der Masse der Arbeiter, welche früher sozialdemokratisch stimmten, vielfach eine Ansicht hervortritt, welche zwar sehr weit entfernt ist von Vertrauen zu dem jetzt verkündeten Staatssozialismus, aber dahin geht, man könne es mit demselben ja einmal versuchen, schlimmer, als bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, würden die Arbeiter dabei wohl nicht fahren. Die Frage ist, ob der in erster Reihe gegen das Sozialistengesetz sich richtende, mehr politisch gefärbte Haß der Führer verschiedenen Ranges sich stärker erweisen wird, als die in der sozialdemokratischen Masse, auch hier, hervortretende Geneigtheit, eine Annäherung an die sozialistische Gesellschaftsordnung „zu nehmen, wo man sie findet“. Ohne sie auf Grund der vereinzeltsten Anhaltspunkte, welche es zu einem Urtheil hierüber nur giebt, entscheiden zu wollen, glauben wir doch, daß nur ein Theil der Mannschaften, über welche der sozialdemokratische Generalstab früher verfügte, zu Gunsten fortschrittlicher Kandidaten an die Urne zu bringen sein wird, auch da, wo öffentliche sozialdemokratische Sympathie-Erklärungen für die staatssozialistische Politik nicht erfolgt sind. — Wir wiesen schon neulich bei der Besprechung der Broschüre des Herrn Eduard v. Hartmann darauf hin, daß es von des Fürsten Bismarck Verlangen nach einer besonderen Besteuerung des aus mobilem Vermögen fließenden, „fundierten Einkommens“, wofür Herr Bitter einen Entwurf angefertigt hatte, in so auffallender Weise still geworden ist, daß bewußte und „unbewußte“ Vertreter der jeweiligen Ansichten des Kanzlers es rathlich finden konnten, geringschätzig davon zu sprechen. Wenn jetzt gemeldet wird, daß die betreffende Vorlage des Finanzministers von dem Fürsten Bismarck abgelehnt worden, so ist das leicht erklärlich; nach dem Entwurf des Herrn Bitter sollten selbst so kleine Vermögen mit besonderer Kapitalrenten-Steuer belegt werden, daß das Ganze auf eine Satyre auf die Politik der Entlastung von direkten Steuern herauskam. Im Uebrigen ist es längst bekannt, daß der jetzige Inhaber des Finanzministeriums in den Augen des Kanzlers nur das Verdienst hat, daß er einen

Platz ausfüllt, in welchem sich sonst leicht eine unbequemere Persönlichkeit befinden könnte; einer nützlicheren würde er, wenn sie sich fände, nicht lange im Wege sein.

Das Reichstempelsteuer-Gesetz.

Das Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichstempel-Abgaben vom 1. Juli 1881, tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Wir halten es für angezeigt, die Bestimmungen des Gesetzes nun noch einmal im Zusammenhang zur Kenntniß unserer Leser zu bringen.

Nach dem Gesetze unterliegen der Besteuerung: 1. Aktien, Renten und Schuldverschreibungen. 2. Schlußnoten und Rechnungen. 3. Lotterieloose.

1. a) Den ersten Gegenstand betreffend, so unterliegen einer Besteuerung von fünf vom Tausend vom Nennwerthe die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgegebenen inländischen sowie alle ausländischen Aktien und Aktienantheile, sowie Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, wenn sie innerhalb des Bundesgebietes ausgehändigt, veräußert, verpfändet oder wenn dasselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden.

Dagegen sind von dieser Stempelabgabe befreit alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen Werthpapiere der gedachten Art.

Eine weitere Ausnahme ist in dem Gesetze für die ausländischen Werthpapiere der vorbezeichneten Art, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegeben sind, bestimmt. Wenn dieselben nämlich bis zum 30. Dezember 1881 zur Stempelung vorgelegt werden, so beträgt die Stempelabgabe nur 50 Pf. für jedes Stück.

b) Einer Besteuerung von 2 vom Tausend vom Nennwerthe sind die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgegebenen, für den Handelsverkehr bestimmten inländischen Renten und Schuldverschreibungen, sowie Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, sowie alle Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, Korporationen, Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen unter den ad a hervorgehobenen Voraussetzungen.

Befreit dagegen sind alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen Renten und Schuldverschreibungen der vorgedachten Art; ferner die Renten und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten; ferner inländische Renten und Schuldverschreibungen, welche nur zu dem Zwecke des Umtausches ausgestellt werden, sofern den von dem Bundesrathe erlassenen Kontrollvorschriften genügt wird; endlich die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere und Papiere.

Auch hier hat das Gesetz eine Ausnahme für die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgegebenen ausländischen Werthpapiere der vorbezeichneten Art bestimmt. Wenn dieselben nämlich bis zum 30. Dezember 1881 zur Stempelung vorgelegt werden, so beträgt die Stempelabgabe nur 10 Pf. für jedes Stück.

c. Einer Stempelabgabe von 1 vom Tausend sind die auf den Inhaber lautenden und auf Grund staatlicher Genehmigung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgegebenen inländischen Renten und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Kommunen, der Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, der Grundbesitzer und Hypothekenbanken oder der Transportgesellschaften.

Befreit von dieser Abgabe sind alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen Renten und Schuldverschreibungen der vorbezeichneten Art, sowie diejenigen Werthpapiere vorgedachter Art, welche nur zu dem Zweck des Umtausches ausgestellt werden.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der vorbezeichneten Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrag an eine zuständige Steuerstelle. Wer dagegen Werthpapiere der vorbezeichneten Art innerhalb des Bundesgebietes ausgiebt, veräußert, verpfändet oder ein anderes Geschäft unter Lebenden damit macht oder Zahlung darauf leistet, bevor die Verpflichtung zur Besteuerung erfüllt oder im Falle einer Befreiung den Kontrollvorschriften nicht genügt, verfällt in eine Geldstrafe, welche dem fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogene Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark für jedes Werthpapier beträgt. Diese Strafen treffen besonders und zum vollen Betrage jeden, der als Kontrahent oder in andere Eigenschaft an der Ausgabe, Veräußerung oder an dem sonstigen Geschäft theilgenommen hat. Dieselben Personen sind für die Entrichtung der Steuer solidarisch verpflichtet.

Bei Emissionen neuer inländischer stempelpflichtiger Papiere ist, bevor sie zur Zeichnung aufgelegt werden oder zu weiteren Zahlungen auf solche aufgesetzt wird, vom Emittenten der Steuerstelle Kenntniß zu geben. Die Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift zieht eine Geldstrafe im Betrage von 50–500 Mark nach sich.

II. Den zweiten Gegenstand der Besteuerung bilden die Schlußnoten und Rechnungen.

a. Schlußnoten, Schlußzettel, Abschriften und Auszüge aus Tage- oder Geschäfts-Büchern, Schlußscheine, Schlußbriefe oder sonstige von einem oder mehreren Kontrahenten, Maklern oder Unterhändlern im Bundesgebiete ausgestellte Schriftstücke über den Abschluß oder die Prolongation oder die Bedingung des Abschlusses oder der Prolongation eines Kauf-, Rückkauf-, Tausch- oder Lieferungs-Geschäfts, welches Wechsel, ausländische Banknoten oder ausländisches Papiergeld, ferner Aktien, Staats- oder andere für den Handelsverkehr bestimmte Werthpapiere oder Mengen von solchen Sachen oder Waaren jeder Art die nach Gewicht, Maß oder Zahl gehandelt zu werden pflegen, zum Gegenstande haben, erfordern einen Stempel von 20 Pf. Wird eines der vorstehend bezeichneten Geschäfte auf Zeit abgeschlossen oder auf Zeit prolongirt, so beträgt der Stempel eine Mark.

Ausgeschlossen von dieser Stempelabgabe bleiben gerichtliche oder notarielle Beurkundungen der vorstehend bezeichneten Geschäfte; ferner Schriftstücke, welche von den Staatsverwaltungen der Bundesstaaten über die vorstehend bezeichneten Geschäfte aufgenommen oder ausgestellt werden; ferner Verträge über die vorstehend bezeichneten Sachen und Waaren, welche weder zum Gebrauch als gewerbliche Betriebsmaterialien noch zur Wiederveräußerung in derselben Beschaffenheit oder nach vorgängiger Bearbeitung oder Verarbeitung bestimmt sind, endlich Auktionen und Auktionsprotokolle.

b. Rechnungen, Noten, Geschäftsbücher-Auszüge und sonstige Berechnungen bestehender oder ausgeglichener Guthaben oder Verpflichtungen, welche im Bundesgebiete über abgeschlossene oder prolongirte Kauf- oder anderweitige Anschaffungs- oder Lieferungs-Geschäfte über Wechsel, ausländische Banknoten oder ausländisches Papiergeld, ferner Aktien, Staats- oder andere für den Handelsverkehr bestimmte Werthpapiere oder über die aus solchen Rechtsgeschäften hervorgegangenen Ansprüche ausgestellt werden, erfordern einen Stempel von zwanzig Pfennigen.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der für Schlußnoten und Rechnungen bestimmten Stempelabgabe liegt zunächst dem Aussteller und jedem Unterzeichner des betreffenden Schriftstücks ob und muß von ihm erfüllt werden, bevor er das letztere aus den Händen giebt. Ist die Versteuerung vom Aussteller und Unterzeichner unterlassen worden, so ist sie von dem Empfänger des Schriftstücks, sowie von jedem weiterhin Betheiligten, welcher das Schriftstück vor erfolgter Versteuerung annimmt, binnen drei Tagen vom Tage des Empfangs jedenfalls aber vor der weiteren Ausbändigung zu bewirken.

Die Nichterfüllung der Verpflichtung wird mit einer Geldstrafe geahndet, welche dem fünf- bis zwanzigfachen der hinterzogenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark für jedes stempelpflichtige Schriftstück beträgt. Diese Strafe trifft besonders und zum vollen Betrage jeden, welcher der ihm obliegenden Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelabgabe nicht rechtzeitig genügt.

Die Versteuerung durch einen späteren Inhaber befreit dessen Vordermänner und die Aussteller und Unterzeichner nicht von der gesetzlichen Strafe.

Rückfichtlich der Stempelpflichtigkeit ist noch zu bemerken, daß wenn die Schlußnoten z. oder Rechnungen z. in mehreren Exemplaren, Abschriften oder Auszügen gleichzeitig oder nach einander ausgestellt werden, jedes Stück der Abgabe unterliegt, sobald es aus den Händen des Ausstellers geht. Betrifft ferner ein Schriftstück der vorbezeichneten Art mehr als eines der vorstehend aufgeführten Geschäfte, so ist für jedes einzelne dieser Geschäfte der Stempel zu erheben. Endlich macht es in Betreff der Stempelpflichtigkeit keinen Unterschied, ob die gedachten Schriftstücke in Briefform oder in irgend einer anderen Form ausgestellt werden, und ob das Schriftstück mit Namensunterschrift versehen oder ohne solche ausgehändigt ist.

Befreit von der für Schlußnoten u. s. f. und Rechnungen vorgeschriebenen Stempelabgabe sind diejenigen Schriftstücke, bei welchen der Werth des Gegenstandes weniger als 300 Mark, bei Waarengeschäften weniger als 1000 Mark beträgt. Ebenso ist von denselben Schriftstücken die Abgabe nicht zu erheben, soweit sie nur Kontantgeschäfte über Wechsel, grünes oder ungrünes Gold oder Silber zum Gegenstand haben und dieser Inhalt des Geschäfts aus den Schriftstücken ersichtlich ist. Endlich sind stempelfrei Telegramme und Briefe über die oben bezeichneten Geschäfte, wenn die Briefe auf Entfernungen von mindestens 15 Kilometer befördert werden.

III. Endlich sind die Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spielanlagen bei öffentlich veranstalteten Auspielungen von Geld oder anderen Gewinnen einer Stempelsteuer von fünf vom Hundert unterworfen.

Stempelfrei sind Loose der von den zuständigen Behörden genehmigten Auspielungen und Lotterien zu mildthätigen Zwecken.

Die Versteuerung der Loose der Staatslotterie erfolgt in der Weise, daß die Stempelsteuer durch die Lotterieverwaltung eingezogen und in einer Summe für die Gesamtzahl der von ihr abgesetzten Loose zur Reichskasse abgeführt wird. Eine Absteimpelung der Loose findet nicht statt.

Die Strafe beträgt das Fünffache der hinterzogenen Abgabe. Dieselbe ist aber gegen den Unternehmer inländischer Lotterien oder Auspielungen, sowie gegen jeden, welcher den Vertrieb ausländischer Loose oder Ausweise über Auspielungen im Bundesgebiete befragt, nicht unter dem Betrage von 250 M. festzusetzen. Ist die Zahl der abgesetzten Loose nicht zu ermitteln, so tritt Geldstrafe von 250–5000 Mark ein.

Ans den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes mag hervorgehoben werden, daß die Verwandelung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe nicht stattfindet. Auch darf zur Vertheilung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurtheilten, wenn dieser ein Deutscher ist, kein Grundstück subhastirt werden.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 1. Oktober.

— **Oberschlesische Eisenbahn.** In der gestern in Breslau abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn wurden die Anträge betreffend die Ermächtigung der Gesellschaftsvorstände zum Bau und Betriebe von Bahnen untergeordneter Bedeutung von Gumpin nach Schrimm, von Loslau nach Annaberg und von Driesche nach Sobrau, sowie zur Ausgabe von Prioritäts-Obligationen im Betrage von 3 Millionen Mark beibehalten. Die für den Zentralbahnhof Posen noch erforderlichen Mittel ohne Debatte genehmigt.

r. **Witterung.** Der Oktober beginnt recht kühl; heute, am 1. Oktober, hatten wir bei Nordostwind und klarem Himmel 1° R. Kälte; die Wälder waren stark bereist.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Fortschritte der Lebensversicherung in Deutschland.** Aus einer kürzlich im „Bremer Handelsblatt“ veröffentlichten eingehenden statistischen Arbeit entnehmen wir, daß den gegenwärtig bestehenden 50 deutschen Lebensversicherungsanstalten, von denen 36 im deutschen Reich, 12 in Deutsch-Oesterreich und 2 in der deutschen Schweiz ihren Sitz haben, im Jahre 1880 wieder 82,058 Personen neu beigetreten sind und damit ihren Angehörigen Erbschaften im Betrage von 295,218,032 M. begründet haben. Im Ganzen waren am Schlusse des vorigen Jahres bei den gedachten 50 Anstalten 824,813 Personen mit zusammen 2,661,697,537 Mark versichert, wovon auf die Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha 378,007,700 Mark, auf die „Germania“ in Stettin 219,666,483 M., auf die Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft 160,094,800 M., auf die Stuttgarter Lebensversicherungs- und Sparbank 158,414,236 M., auf die „Concordia“ in Köln 143,312,636 M., auf die Lübecker Gesellschaft 114,842,133 M., auf die Karlsruher Allgemeine Versicherungsanstalt 100,498,403 M., auf die Generali in Triest 100,176,167 M. entfielen. Bei den eben genannten 8 größten deutschen Lebensversicherungsanstalten war somit zusammen mehr als die Hälfte des gesamten Bestandes versichert.

Nach Abzug der Sterbefälle und sonstigen Abgänge ergab sich bei den sämtlichen 50 Anstalten im vorigen Jahre eine reine Zunahme des Versicherungsbestandes um 126,641,243 Mark. Den stärksten Antheil an diesem Neuzuwachs hatte die Gothaer Lebensversicherungsbank, die Stuttgarter Lebensversicherungsbank, die Leipziger Lebensversicherungsbank und die Karlsruher Versicherungsanstalt.

Für gestorbene Versicherte wurden im Laufe des vorigen Jahres 38,617,252 Mark anfallig und zur Auszahlung gebracht. Gewiß sind viele Tausende von Wittwen und Waisen dadurch vor Noth bewahrt worden und segnen das Andenken derer, welche noch über den Tod hinaus für sie gesorgt haben.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 29. Septbr. Se. Majestät der Kaiser verweilte heute Nachmittag während des Konzerts auf der Promenade und unterhielt sich dabei mit dem französischen Botschafter, Grafen St. Vallier, sowie mit dem Grafen Schreptowitsch und dem Fürsten Menschikoff. Um 4 Uhr traf der Erbgroßherzog von Baden und um 5^{3/4} Uhr die Frau Großherzogin von Baden hier ein, der Großherzog ist seines Unwohlseins wegen in Karlsruhe zurückgeblieben. Ihre k. k. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind heute Abend 7^{1/2} Uhr von Konstanz hier angekommen und von der Frau Großherzogin und dem Erbgroßherzog von Baden am Bahnhof empfangen worden. Heute Abend findet Thee bei Sr. Majestät dem Kaiser im Meßmer'schen Hause statt.

Baden-Baden, 30. Septbr. Die Geburtstagsgratulation der Allerhöchsten Herrschaften bei Ihrer Majestät der Kaiserin fand heute Vormittag 10 Uhr statt. Gegen 12^{1/2} Uhr nahm Se. Majestät der Kaiser mit hohem Gefolge das Dejeuner am großherzoglichen Schlosse ein; um 5 Uhr war Diner an

schallstafel bei Ihren kaiserlichen Majestäten. Die Stadt ist aus Anlaß der Geburtstagsfeier festlich mit Flaggen geschmückt, für den Abend ist die Illumination des Konversationshauses vorbereitet.

München, 30. Septbr. Das heute in der Abgeordneten-Kammer von dem Finanzminister vorgelegte Budget ergibt ein Minus von ca. 5 Millionen, zur Deckung desselben ist eine Steuer-Erhöhung von 20 pCt. in Aussicht genommen.

Dresden, 30. September. Der König ist heute Abend nach Wien abgereist.

Wien, 29. September. Nach einer Meldung der „Wiener Allg. Ztg.“ hätte das Konsortium Rothschild-Kreditanstalt heute Mittag dem ungarischen Finanzminister gegenüber die Option auf einen weiteren Betrag der 4prozent. Goldrente erklärt.

Triest, 29. September. Der Lloyd-Dampfer „Narente“ ist heute Nachmittag aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Stockholm, 29. September. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind heute auf Schloß Drottningholm eingetroffen und während der Fahrt von der Bevölkerung fortgesetzt mit den freudigsten Kundgebungen begrüßt worden. Der König und die Königin empfingen das kronprinzliche Paar an Bord des Schiffes.

Rom, 29. September. Ein vom italienischen Konsul in Melbourne bei dem Minister des Auswärtigen eingegangenes Telegramm giebt keine positiven Aufschlüsse über das Schicksal des italienischen Transportschiffes „Europa“. Der Konsul meldet, die Nachricht vom Scheitern der „Europa“ sei durch das Packetboot nach Cooktown und von dort auf telegraphischem Wege an ihn gelangt. — Der zum Protestantismus übergetretene vormalige Kanonikus Graf Campello hat heute eine Selbstbiographie veröffentlicht, in welcher er seinen Uebertritt rechtfertigt und anführt, daß er zum Ergreifen des geistlichen Berufs genötigt worden, trotzdem aber seinen Verpflichtungen immer auf das Genaueste nachgekommen sei; sein Uebertritt sei veranlaßt durch die in der römischen Kirche herrschenden Zustände und durch die Weigerung des Papstes, das Papstthum mit Italien zu versöhnen. Graf Campello hat an den Papst, an die Kardinäle, Prälaten und Ordens-Oberen, sowie an die Mitglieder des diplomatischen Korps Exemplare der Biographie gesendet. — In dem Befinden der erkrankten Kardinäle Borromeo und Moretti ist eine Besserung eingetreten.

Rom, 30. September. Der italienische Konsul in Melbourne hat der Regierung telegraphisch angezeigt, daß das italienische Transportschiff „Europa“ am 22. d. M. wieder flott gemacht worden sei.

Paris, 29. September. Nach einem Telegramm des Generals Saussier an den Kriegsminister hat der Oberst Baroque gestern größere Abtheilungen von Insurgenten unweit Reims geschlagen.

Bologna, 30. September. Der geologische Kongreß hat beschlossen, in Berlin eine Generalkarte durch 5 Geologen aus England, Frankreich, Italien, Oesterreich und Rußland ausführen zu lassen. Vorsitzender dieser Kommission wird ein deutscher Geologe sein. Der Präses des Kongresses machte außerdem Mittheilung von der Gründung einer italienischen geologischen Gesellschaft.

Luzern, 30. September. Die Kammer ist auf nächsten Dienstag zur Berathung einer Vorlage einberufen, durch welche die Regierung ermächtigt werden soll, den Besitzern von Notizen der Nationalbank den 5prozentigen Betrag vorzuzufordern.

Konstantinopel, 30. September. Die Vertreter der Besitzer türkischer Schuldtitel haben sich im Prinzip mit der von der Pforte auszuübenden Kontrolle über die neue Administration der indirekten Steuern einverstanden erklärt und werden am Montag über die Zusammenfassung des Administrationsraths in Berathung treten. Derselbe solle aus zwei Engländern, je einen Franzosen, Deutschen, Oesterreicher, Italiener, und einen Vertreter der Bankiers von Galata gebildet werden. Das Abkommen mit den Bankiers ist noch nicht perfekt geworden, aber eine Herabminderung der Annuität ist prinzipiell zugestanden. — Alle Botschafter mit Ausnahme des russischen Botschafters v. Nowikow, haben von ihren Regierungen Weisungen erhalten zur Verhandlung der Frage wegen des von Bulgarien zu leistenden Tributs. Der russische Botschafter erklärte, sich an der Diskussion über dieselbe nicht zu betheiligen, bevor er seine Instruktionen erhalten habe.

Bukarest, 30. September. Prinz Jérôme Napoleon, welcher gestern hier eingetroffen war, ist heute nach Wien weitergereist.

Berlin, 30. September. S. M. S. „Fregata“, 8 Geschütze, ist am 24. September c. von Gibraltar nach Plymouth in See gegangen.

Berlin, 30. September. S. M. S. „Fregata“, 8 Geschütze, ist am 30. September c. in Plymouth eingetroffen und beabsichtigte am 2. Oktober c. nach Wilhelmshaven in See zu gehen.

Frankfurt a. M., 30. September. Das „Frankfurter Journal“ enthält in dem heutigen Abendblatt die Mittheilung, daß Eigentum und Verlag dieses Blattes in den Besitz des Dr. Brünning hierüber übergeben und der Besitzwechsel am 1. Januar stattfinden wird.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
30. Nachm. 2	766.3	N lebhaft	wolkenlos	+ 8.3
30. Abnds. 10	767.0	N schwach	wolkenlos	+ 2.5
1. Octb. Mrgs. 6	765.5	N mäßig	wolkenlos	+ 0.4

Am 30. Wärme-Maximum + 9.2 Cel.
Wärme-Minimum + 0.4

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 30. September Morgens 1.36 Meter.
„ „ 30 „ Mittags 1.34 „
„ „ 1. October Morgens 1.30 „

Wetterbericht vom 30. Septbr., 8 Uhr Morgens.

Ort	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. reduc. in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
Mullagbmöre	768	WSW	1 bedeckt	12
Aberdeen	768	R	1 wolfig	13
Christianfund	—	still	—	—
Kopenhagen	774	still	Dunst	8
Stockholm	770	WSW	4 bedeckt	9
Haparanda	764	still	bedeckt	4
Petersburg	—	—	—	—
Moosau	776	ESW	1 halb bedeckt	-4
Fort Queenst.	768	WNW	3 bedeckt	14
Brest	770	SD	1 bedeckt	13
Helder	772	D	1 Nebel	11
Sylt	774	ESD	1 Nebel	8
Hamburg	774	ND	1 wolkenlos	7
Swinemünde	774	ESD	1 wolkenlos	6
Neufahrwasser	775	ESD	2 wolkenlos	1
Memel	774	SD	1 heiter	4
Paris	770	R	1 Nebel	6
Münster	772	still	Dunst	7
Karlsruhe	770	ND	2 heiter	6
Wiesbaden	771	ND	1 wolkenlos	9
München	769	ND	3 Dunst	6
Leipzig	773	OND	2 wolkenlos	7
Berlin	773	OND	1 wolkenlos	6
Wien	770	WNW	1 wolfig	8
Breslau	773	D	1 wolkenlos	2
de Vaux	768	OND	4 halb bedeckt	11
Wien	762	R	2 halb bedeckt	14
Triest	765	ND	4 wolfig	15

1) Seegang mäßig. 2) Nachts Nebel. 3) Nachtfrost. 4) Nachts Reif. 5) Nebel. 6) Thau. 7) Früh schwacher Reif. 8) Reif.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = Reif, 8 = Sturm, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengebiet von Island bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Uebersicht der Witterung.
Die Depression im Nordwesten, welche gestern auf den Gebirgen Südwest- und Nordwest-Preußen verschwand und so hat sich die Wetterlage über Mitteleuropa wenig verändert. Bei sehr schwacher Luftbewegung und vielfachen Windstößen ist die Witterung überall kühl, trocken, im Nordseegebiete neblig, sonst fast wolkenlos. In Deutschland ist es erheblich kälter geworden, so daß vielfach Nachfröste stattfanden.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 30. September. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20.417. Pariser do. 60.57. Wiener do. 173.00. R.-M. St.-A. — Rheinsche do. —. Pfälz. Ludwigsb. 101. R.-M.-Br.-Ant. 130. Reichsbank 101. Reichsbank 149. Darmst. 173. Meiningen 105. Dett.-ang. St. 719.00. Kreditaktien 321. Silberrente 67. Papierrente 66. Goldrente 82. Ung. Goldrente 79. 1860er Loose 125. 1864er Loose 328.00. Ung. Staatsl. 239.50. do. Abz.-Abt. 11. 95. Böhm. Wechsel 280. Elisabethb. —. Nordmeßl. 206—208. Galizier 282. Franzosen 312. Lombarden 140. Italiener 90. 1877er Russen 91. 1880er Russen 75. II. Orientanl. 61. Zentr.-Pacif. 113. Diskont.-Kommandit —. III. Orientanl. 61. Wiener Bankverein 124. ungarische Papierrente —. Buschthaber —. Junge Dresdner —.

Ungarische Eskompt- und Wechselbank 111.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 321, Franzosen 312, Galizier 282, Lombarden 140, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.
Frankfurt a. M., 30. Septbr. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 319, Franzosen 311, Lombarden 139, Galizier 281, 1860er Loose 125, österreichische Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanle —, österr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanl. —, ungar. Papierrente —, 1880er Russen —, Darmstädter Bank —, Ungar. Eskompte 110. Wiener Bankverein —.

Wien, 30. September. (Schluß-Course.) Anmirt verlaufend, schließlich mäßig abgeschwächt. Nordwestbahn, Elbthal matt. Papierrente 76.92. Silberrente 77.80. Dener. Goldrente 94.90. Ungarische Goldrente 118.25. 1864er Loose 123.50. 1860er Loose 131.50. 1864er Loose 172.70. Kreditloose 179.00. Ungar. Prämien 123.70. Kreditaktien 369.60. Franzosen 360.00. Lombarden 162.50. Galizier 325.20. Kasch.-Oderb. 150.70. Pardubitzer 170.50. Nordwestbahn 234.50. Elisabethbahn 217.50. Nordbahn 236.00. Oesterreich-ungar. Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 152.30. Anglo-Austr. 160.00. Wiener Bankverein 144.30. Ungar. Kredit 363.75. Deutsche Plätze 57.65. Londoner Wechsel 117.80. Pariser do. 46.45. Amsterdam do. 96.80. Napoleons 9.84. Dukaten 5.59. Silber 100.00. Marknoten 57.65. Russische Banknoten 1.26. Lemberger Genomix —. Kronpr.-Rudolf 172.00. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn 322.00.

4prozent. ungar. Bodenkredit-Bandbriefe —, Elbthal 260.00, ungarische Papierrente 90.10, ungar. Goldrente 94.90. Buschthaber B. —. Ung. Präm. —. Eskompte 128.25.

Wien, 30. Septbr. (Privatverkehr.) Kreditaktien 368.50, Galizier 324.50, Franzosen —, ungar. Kreditaktien —, Papierrente 76.35, 4prozent. ungarische Goldrente —, Elbthal —, Nordwestbahn —, Lombarden —, Unionbank —, Wiener Bankverein —. Abgeschwächt.

Petersburg, 29. Septbr. Wechsel auf London 25.4, II. Orientanle 91.4, III. Orientanle 91.4.

Paris, 29. Sept. Boulevard-Verkehr. Anleihen von 1872 116.30, Italiener 90.65, österr. Goldrente —, Türken 16.35, Türkenloose 54.25, Spanier inter. —, do. extér. 26.4, ungar. Goldrente —, Egypter 387.00, 3prozent. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —. Fest.

Paris, 30. September. (Schluß-Course.) Behauptet. 3prozent. amortisirt. Rente 86.70, 3prozent. Rente 84.50, Anleihen von 1872 116.17, Italien. 90.65, Rente 90.45, Oesterreich. Goldrente 83.4, 6prozent. ungar. Goldrente 103, 4prozent. ungar. Goldrente 79.4, 5prozent. Russen von 1877 93.4, Franzosen 376.25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 357.50, Lomb. Prioritäten 287.00, Türken von 1865 16.15, Türkenloose 54.00, 6prozent. ungar. Goldrente 103, 4prozent. ungar. Goldrente 79.4.

Gedruckte Mobilien 767.00, Spanier extér. 26.4, do. inter. —, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 737.00, Societe gen. —, Credit foncier 1680.00, Egypter 383.00, Banque de Paris 1315.00, Banque d'Escompte 847.00, Banque hypothecaire —, II. Orientanle 63. Londoner Wechsel —, 5prozent. Rumänische Anleihen —.

Florenz, 30. Septbr. 5prozent. Italien. Rente 91.85, Gold 20.39.
London, 30. Sept. Unentschied. Consols 99.4, Ital. 5prozent. Rente 89.4, Lombarden 14.4, 3prozent. Lombarden alte —, 3prozent. do. neue —, 5prozent. Russen von 1871 89.4, 5prozent. Russen von 1872 91.4, 5prozent. Russen

de 1873 91.4, 5prozent. Türken von 1865 15.4, 3prozent. fundirt. Amerikaner 104.4, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarisch. Goldrente —, Oesterr. Goldrente 82.4, Spanier 26, Egypter 76.4, 4prozent. preuß. Consols 99.4, 4prozent. bar. Anleihen —.

4prozent. ungar. Goldrente 78.4, Silber —.
Kassabizent 3.4 pCt.
Aus der Bank fließen heute 60,000 Pfd. Sterl.

Neuport, 29. September. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 93.4, Wechsel auf London 4.79, Wechsel auf Paris 5.25, 3prozent. fundirt. Anleihen 101, 4prozent. fundirt. Anleihen von 1877 117.4, Erie-Bahn 45.4, Zentr.-Pacif. 115.4, Newyork Centralbahn 142.4, Chicago-Eisenbahn 138.

Produkten-Course.

Bremen, 30. Septbr. Petroleum (Schlußbericht.) Höher. Standard white loco 8.10 a 8.15, per Oktober 8.10 a 8.15, pr. November-Dezember 8.30, pr. Januar 8.30, pr. Februar 8.20, pr. März 8.15. Alles bezahlt.

Hamburg, 30. September. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen per September-Oktober 248.00 Br., 246.00 Gd., per Oktober-November 235.00 Br., 233.00 Gd. Roggen per September-Oktober 182.00 Br., 181.00 Gd., per Oktober-November 181.00 Br., 180.00 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl matt, loco 55.00, per Oktober 54.50. — Spiritus still, per September 54 Br., per Oktober-November 49.4 Br., per November-Dezember 47.4 Br., per April-Mai 45.4 Br. — Raffee ruhig, Umsaß 2000 Sad. Petroleum beh., Standard white loco 8.50 Br., 8.40 Gd., per September 8.40 Gd., per Oktober-Dezember 8.40 Gd. — Wetter: Schön.

Wien, 30. September. (Produktenmarkt.) Weizen loco lustlos, auf Termine matt, per Herbst 12.60 Gd., 12.65 Br., per Frühjahr 13.20 Gd., 13.25 Br. Hafer pr. Herbst 7.70 Gd., 7.75 Br. Mais pr. Mai-Juni 7.47 Gd., 7.50 Br.

Amsterdam, 29. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen pr. November 336. Roggen pr. Oktbr. 230, pr. März 210.

Amsterdam, 30. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per Novbr. 336. Roggen loco höher, auf Termine unverändert, per Oktober 228, per März 212. Raps pr. Oktober 350, pr. Frühjahr 366 fl. Rüböl loco 32.4, per Herbst 32.4, per Mai 1882 34.

Antwerpen, 30. Septbr. (Getreidemarkt.) Schlußbericht. Weizen fest. Roggen still. Hafer unverändert. Gerste behauptet.

Antwerpen, 30. Septbr. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 20 bez., 20.4 Br., pr. Oktober 20 bez., 20.4 Br., pr. Januar 20.4 bez., 20.4 Br. Fest.

Sabre, 29. September. Wollauktion weniger belebt, aber fest. 1846 Ballen angeboten, 1098 B. verkauft.

Leith, 28. September. (Getreidemarkt.) Weizen eher höher gehalten, Gerste ruhig, Stadtmehl 1 Sh. theurer.

Petersburg, 30. Sept. Produktmarkt. Talg loco 58.00, per August —, Weizen loco 17.00, Roggen loco 12.50. Hafer loco 5.60. — Vans loco 31.00. Leinsaat (9 Bund) loco 15.50. — Wetter: Kühl.

Paris, 30. Sept. Produktmarkt (Schlußbericht.) Weizen fest, per September 32.90, per Oktober 32.90, per November-Dezember 33.00, per Januar-April 33.00. — Roggen fest, per September 68.50, per Januar-April 23.00. Mehl 9 Marques ruhig, per September 68.50, per Oktober 68.80, per Novbr.-Februar 69.60, per Januar-April 69.75. Rüböl fest, per September 79.25, per Oktober 80.00, per November-Dezember 79.75, per Januar-April 80.00. — Spiritus fest, per September 66.00, per Oktober 65.75, per November-Dezember 65.00, per Januar-April 65.00. Wetter: Schön.

London, 30. September. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 33,110, Gerste 25,240, Hafer 21,060 Orts.

Fremder Weizen 1—1 Sh. höher, ruhig, Gerste stetiger, andere Getreidearten fest.

Liverpool, 30. September. (Getreidemarkt.) Weizen 2—3, Mehl 2, Mais 1.4d. theurer. — Wetter: Schön.

Liverpool, 30. Sept. Baumwollmarkt (Schlußbericht.) Umsaß 8000. Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Mittl. amerikanische 1. d. billiger. Mittl. amerikanische Sept.-Lieferung 7.4 d.

Manchester, 30. Septbr. 12r Water Armitage 7.4, 12r Water Taylor 7.4, 20r Water Micholls 9.4, 30r Water Gibbon —, 30r Water Clayton 10, 32r Mod Townhead 9.4, 40r Mule Manoll 9.4, 40r Medio Wilkinson 11.4, 36r Warpcops Qualität Rowland 10.4, 40r Double Weston 10.4, 60r Double courante Qual. 14.4, Printers 14.4 8.4 pfd. 99. Fest.

Newyork, 20. Septbr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11.4, do. in New-Orleans 11.4. Petroleum in Newyork 7.4 Gd., in Phila. delphia 7.4 Gd., rohes Petroleum 7.4, do. Pipe line Certificates — D. 93 C. Mehl 6 D. 50 C. Rother Winterweizen 1 D. 52 C. Weizen per laufenden Monat 1 D. 52 C., do. per Okt. 1 D. 52 C., do. Novbr. 1 D. 55 C. Mais (old mixed) 75 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8. Raffee (Rio) 11.4. Schmalz (Marke Wilcox) 12.4, do. Fairbanks 12.4, do. Rohe u. Brothers 12.4. Speck (short clear) 11.4 C. Getreidefracht 4.4.

Newyork, 29. Septbr. Visible Supply an Weizen 19,750,00 Bushel, an do. do. Mais 26,000,000 Bushel.

Marktpreise in Breslau am 30. September.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute		mittlere		geringe Waare	
	Hoch-ster Pf.	Niedrigst-Pf.	Hoch-ster Pf.	Niedrigst-Pf.	Hoch-ster Pf.	Niedrigst-Pf.
Weizen, weißer	23 30	23 10	22 80	22 30	21 80	21 80
do. gelber	22 70	22 50	22 20	21 90	21 40	20 70
Roggen	18 30	18 10	17 90	17 70	17 50	17 30
Gerste	16 30	15 50	15 —	14 70	14 20	13 50
Hafer	14 60	14 30	14 10	13 80	13 60	13 40
Erbsen	20 —	19 30	18 80	18 20	17 80	16 80

Festsetz. d. v. d. Handelskammer eingel. Kommission.

Ware	feine		mittel		ordin. Waare	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
Raps	25	10	24	10	22	70
Wintererbsen	24	20	23	20	21	70
Sommernerbsen	—	—	—	—	—	—
Dotter	100	—	—	—	—	—
Schlaglein	26	75	24	75	22	25
do. galz.	24	75	23	25	22	25
Haupfaat	17	50	16	50	—	—

Riesamen: schwache Zufuhr, rother sehr fest, per 50 Kilogramm 33—36—40 Mark, weißer behauptet, per 50 Kilogramm 35—45—53—60 Mark, hoh. über Notiz bez. — Rapskuchen preis haltend, per 50 Kg. 7.60—7.70 Mark, fremde 7.30—7.50 Mark, Sept.-Oct. 7.50 Mark. — Leinfuchen behauptet, per 50 Kilogramm 9.40—9.60 Mark, fremde 8.60—9.30 Mark. — Lupinen ohne Umsaß, per 100 Kg. gelbe 11.80—12.50—13.00 Mark, blaue 11.60—12.30—12.80 Mark. — Bohnen: schwach zugeführt, per 100 Kilogramm 18.00—19.00—19.50 Mark. — Mais: ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 13.70—15.00 Mark. — Weizen: schwacher Umsaß, per 100 Kilogramm 13.70—14.20—14.70 Mark. — Heu: per 50 Kilogramm 3.20—3.50 Mark. — Strohh: per Schock a 600 Kilogramm 29.00—31.00 Mark. — Kartoffeln, pro 100 Liter, 5.00—6.00 Mark, per 50 Liter 2.50—3.00 Mark, per 2 Liter 0.10—0.12 Mark. — Mehl: ohne Aenderung, per 100 Kilogramm Weizen fein 31.50—32.25 Mark, Roggen-Hausbuden 26.50—27.00 Mark, Roggen-Futtermehl 11.25—12.00 Mark, Weizenkleie 10.00—10.50 Mark.

